

RENEWS KOMPAKT



AGENTUR FÜR
ERNEUERBARE
ENERGIEN
unendlich-viel-energie.de

AUSGABE 51

11.05.2020

SOZIALE GERECHTIGKEIT IN KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE

ERNEUERBARE ENERGIEN SICHERN EINE GERECHTE UND DEMOKRATISCHE ENERGIE- VERSORGUNG

Die Ursachen und Folgen des Klimawandels sind schon lange bekannt. Doch die Gerechtigkeitsfragen, die damit verbunden sind, werden erst seit kurzem intensiv diskutiert. Das Konzept „Klimagerechtigkeit“ betrachtet den Klimawandel nicht nur als Umweltproblem, sondern auch als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Denn bestimmte Bevölkerungsgruppen – wie sozial Benachteiligte und indigene Völker – sind besonders von den Folgen betroffen, während sie kaum zum Klimawandel beigetragen haben. Die reichen Industrieländer sind hauptverantwortlich für die steigende Konzentration von klimaschädlichen Gasen in der Erdatmosphäre. Deshalb ist es vor allem ihre Aufgabe die Emissionen zu senken und die ärmeren Länder bei der Bewältigung der Klimafolgen zu unterstützen. Und letztendlich müssen die Chancen, die mit der Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsweise verbunden sind, gerecht verteilt werden. Die Kommunen können hierbei eine zentrale Rolle spielen.



Foto: Markus Spiske/www.unsplash.com

1 DIE IDEE DER KLIMAGERECHTIGKEIT

Das Konzept der Klimagerechtigkeit basiert auf der Annahme, dass alle Menschen – unabhängig von nationaler und ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter und Religion – das gleiche Recht zur Nutzung der Erdatmosphäre haben sowie gleichermaßen Verantwortung tragen, diese zu schützen. Zudem haben alle das Recht auf eine intakte Atmosphäre, die ihnen ein Leben ermöglicht, ohne dass sie in ihrer Existenz bedroht sind.

Ein Blick auf die Realität zeigt: Es besteht ein immenses Ungleichgewicht. Manche Länder und Bevölkerungsgruppen nehmen die Atmosphäre seit Beginn der Industrialisierung deutlich stärker in Anspruch als andere. Weiterhin unternehmen gewisse Staaten größere Anstrengungen als andere, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Und schließlich leiden manche Länder und Bevölkerungsgruppen stärker unter den Folgen des Klimawandels als andere. Klimagerechtigkeit heißt nun, denjenigen Menschen zu helfen, die übermäßig stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, aber selbst wenig zum Klimawandel beitragen – sowohl in geographischer (z.B. indigene Völker, Inselstaaten, Küstenanrainer) als auch in sozio-ökonomischer (Einkommensschwache, Minderheiten, Frauen) und zeitlicher (kommende Generationen) Hinsicht. In der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen heißt es in Artikel 3, Absatz 1: “Die Vertragsparteien sollen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen schützen.“

2 UNGLEICHE BETROFFENHEIT

Geographisch gesehen bekommen die Inselstaaten im Pazifik und im indischen Ozean die Folgen des Klimawandels am stärksten zu spüren – und zwar schon heute. Diese Staaten liegen an ihren höchsten Stellen teilweise nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Deshalb sind sie durch die Erderwärmung in ihrer Existenz bedroht. Für sie geht es um jeden Zentimeter. Der jährlich erscheinende [WeltRisikoIndex](#) des Bündnisses Entwicklung Hilft misst die Verwundbarkeit von Ländern gegenüber Naturereignissen. Er wurde in Kooperation mit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS) entwickelt und setzt sich aus drei Komponenten zusammen: Anfälligkeit, Bewältigung und Anpassung. Seit 2018 wird der Index vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) der Ruhr-Universität Bochum berechnet. Insgesamt fließen 27 Indikatoren in die Kalkulation ein. Unter den 20 gefährdetsten Ländern befinden sich neun kleine Inselstaaten. Diese versuchen ihre Interessen über die Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) zu artikulieren. Die risikoträchtigen Länder zeichnen sich alle durch ihre Lage an der Küste bzw. ihre Insellage sowie ein geringes Entwicklungsniveau aus.¹

3 VERURSACHERGERECHTIGKEIT

Neben der Hilfe für die Hauptleittragenden heißt Klimagerechtigkeit auch, dass die Hauptverursacher – d.h. die energieintensiven Industrieländer – ihre Verantwortung anerkennen und Lösungen finden, wie sie ihre Emissionen senken können. Die globale Klimagerechtigkeitsbewegung geht allerdings noch darüber hinaus: Die Lösungswege sollen gemeinsam mit den Ländern des Globalen Südens entwickelt werden. Die Lösungen sollen sowohl aus der Klimakrise als auch aus der Armut führen. Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sollen Hand in Hand gehen.

Mit Hinblick auf die Verursachergerechtigkeit spricht die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen von der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“. Die „Verantwortung für die Problemverursachung“ und die „Leistungsfähigkeit“ der Staaten seien zu berücksichtigen. Gerechtigkeit bedeutet also nicht Gleichheit: Nicht alle Länder müssen ihre Emissionen gleichermaßen senken. Die Industriestaaten mit ihrer wirtschaftlichen Stärke und ihren hohen Emissionen müssen mehr leisten. Da Klimagase langlebig sind und über Jahre und Jahrzehnte wirken, sind für die historischen Emissionen in erster Linie die Vereinigten Staaten und Europa verantwortlich. Die Verursacher des Klimawandels nutzten für ihren wirtschaftlichen Aufstieg die Atmosphäre als kostenlose „Müllkippe“ für die bei der Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas entstehenden Emissionen. „Der Norden hat gegenüber dem Süden ökologische Schulden angehäuft“, befindet der Soziologe Wolfgang Sachs.²

Saúl vs. RWE

Das Thema Klimagerechtigkeit machte in den Medien Schlagzeilen, als der peruanische Bauer und Bergführer Saúl Luciano Lliuya den deutschen Energiekonzern RWE verklagte. Ein schmelzender Gletscher droht sein Haus und seinen Wohnort zu überfluten. Die Universität Texas at Austin hat in einer Simulation davor gewarnt, dass eine Flutwelle die Stadt zehn Meter hoch unter Wasser setzen könnte. Grund dafür sei der Klimawandel. Da RWE allein für ca. 0,5 Prozent der historischen CO₂-Emissionen seit Beginn der Industrialisierung verantwortlich ist, fordert Saúl Luciano Lliuya von RWE eine Entschädigung eben genau für diese 0,5 Prozent der klimawandelbedingten Schäden an seinem Eigentum. Das Landgericht Essen wies die Klage zunächst ab, da keine lineare Kausalität nachweisbar sei. Das Oberlandesgericht Hamm gestattete aber die Berufung und lies die Beweisaufnahme zu.

Es geht in dem Rechtsstreit zwar „nur“ um 23.700 Euro. Dennoch birgt der Fall politischen Sprengstoff. Denn er könnte einen Präzedenzfall schaffen. Die Prozesskosten übernahm die Umwelt-NGO Germanwatch. Ihr ging es vor allem um die symbolische Bedeutung. Indem der Fall das komplexe Thema Klimawandel in einem konkreten Fall greifbar macht, wollte sie damit in den internationalen Klimaverhandlungen auf das Thema Klimagerechtigkeit aufmerksam machen.

Beim Blick auf die aktuellen Treibhausgasemissionen zeigt sich, dass nun auch die Schwellenländer einen erheblichen Anteil tragen. Die sieben größten Schwellenländer (darunter China, Indien, Russland und Brasilien) kommen mittlerweile zusammen auf ein höheres Bruttoinlandsprodukt sowie auf höhere Emissionen als die G7-Staaten.

Ein Blick auf die Gesamtemissionen pro Land wäre natürlich verengt. Gerechterweise muss man sich neben den obgenannten historischen Emissionen die heutigen Emissionen auch pro Kopf anschauen. Laut [Weltbank](#) emittieren die Bewohner*innen der ärmsten Länder der Welt im jährlichen Durchschnitt weniger als eine halbe Tonne CO₂ pro Kopf. Spitzenreiter ist Katar mit knapp 44 Tonnen. Unter den klassischen Industrieländern führen die USA, Kanada und Australien mit mehr als 15 Tonnen. In Deutschland liegt der CO₂-Fußabdruck mit 8,9 Tonnen ebenfalls im oberen Viertel, allerdings leicht unter dem OECD-Durchschnitt (9,6 Tonnen). Der weltweite Schnitt liegt bei 5 Tonnen. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass in dieser Statistik nur die auf dem Staatsgebiet anfallenden Emissionen berücksichtigt sind. In einer globalisierten Welt mit weltweitem Handel sprechen diese Zahlen nicht die volle Wahrheit. Die Emissionen, die bei der Produktion energie- und CO₂-intensiver Güter (z.B. Elektronikgeräte, Zement, etc.) anfallen, werden allein dem Exporteur zugerechnet und nicht den importierenden Ländern. Klassisches Beispiel ist China als „Werkbank der Welt“. Die traditionellen Industrieländer haben viele ihrer energieintensiven Produktionsschritte, und somit einen großen Teil ihrer Klimagasemissionen, dorthin verlegt. Man spricht in diesem Zusammenhang von *carbon leakage* (etwa einem „CO₂-Leck“).

Die Frage der gerechten Lastenverteilung ist einer der Hauptkonfliktlinien zwischen den traditionellen und den neuen Industrieländern, den Schwellen- und den Entwicklungsländern. Ein zentraler Streitpunkt zwischen den Nationen ist, welcher Zeitpunkt den Bezugspunkt für die zukünftigen Emissionsreduzierungen bilden soll. Denn daraus ergibt sich, wie viel Emissionsbudget den Staaten noch bleibt. Zumeist wird das Jahr 1990 gewählt, da seitdem der anthropogene Klimawandel durch neue wissenschaftlich Erkenntnisse von der Politik als Problem erkannt wurde; vor allem wurde 1990 der erste Sachstandsbericht des IPCC veröffentlicht. Viele Länder des „Südens“ sehen dagegen den Beginn der Industrialisierung (also Mitte des 19. Jahrhunderts) als den sinnvollen Bezugspunkt an, da von da an die fossilen Brennstoffe in großem Stil verbrannt wurden. Auch für diesen längeren Zeitraum bis 1850 zurück gibt es [Schätzungen](#) für Emissionen, auch wenn diese mit größeren Unsicherheiten behaftet sind.

Klimagerechtigkeit hat also mehrere Dimensionen. Die Verkürzung auf eine gerechte Lastenverteilung würde der Komplexität des Themas nicht gerecht. Schließlich wären für die besonders verwundbaren Staaten der Erde noch nicht alle Probleme gelöst, wenn sich die Weltgemeinschaft darauf einigt, wer wie viel Emissionen bis wann reduzieren muss. Für diese muss es auch darum gehen, sie bei der Bewältigung der Klimaschäden, die selbst mit den größten Anstrengungen nicht mehr zu verhindern sind, zu unterstützen sowie Entwicklungs- und Schwellenländern dabei zu helfen, Wirtschaftswachstum von Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

4 IST DIE ENERGIEWENDE SOZIAL UNGERECHT?

Deutschland steht an vierter Stelle, was die historischen Emissionen betrifft. Deshalb steht das Land in besonderer Verantwortung einen adäquaten Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit zu leisten. Die Energiewende ist also unumgänglich. Es stellt sich aber die Frage, ob sie auf der anderen Seite zu sozialen Ungerechtigkeiten im Inland führt.

Dezentralisierung der Energieversorgung

Bei der Energiewende geht es nicht nur darum, klimaschädliche durch klimaschonende Technologien zu ersetzen. Sie schafft auch neue Möglichkeiten zur Teilhabe und Beteiligung. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien führt weg von Oligopolen hin zur Bürger*innenenergie und zu mehr Wettbewerb zwischen kleineren und größeren Unternehmen. Die Bürger*innen bekommen die Möglichkeit, selbst Energie zu erzeugen oder in Anlagen und Infrastrukturen zu investieren.

Bei diesem Transformationsprozess kommt es auf die politischen Rahmenbedingungen an. Sonst entstehen dabei neue Ungerechtigkeiten. Eine [Umfrage des Potsdamer Institutes for Advanced Sustainability Studies \(IASS\)](#) ergab, dass mehr als die Hälfte der Befragten die gegenwärtige Umsetzung der Energiewende für ungerecht hält. Zwei Drittel stimmen der Aussage zu, dass vor allem die Wohlhabenden und Unternehmen von der Energiewende profitieren. Damit nicht nur einkommensstarke Haushalte und Eigentümer*innen bevorzugt werden, gibt es Ansätze, wie ärmeren Haushalten geholfen werden könnte: So könnten finanzschwache Hauseigentümer*innen zusätzliche Investitionshilfen erhalten, um in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu investieren. Die Heizkosten-erstattungen könnten von Transferempfänger*innen auf einkommenschwache Haushalte ausgeweitet werden. Ein Klimabonus könnte bei der Anmietung von teuren aber besonders energieeffizienten Wohnungen helfen. Stattdessen dreht sich die politische Diskussion aber meist um die Höhe der Energiepreise. Dabei darf nicht vergessen werden, dass eine angemessene Höhe ein wichtiger Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie ist. Und bei den meisten Haushalten spielen die Ausgaben für Energie im Vergleich zu den restlichen Konsumausgaben kaum eine Rolle. Deshalb sollte zielgenau den Einkommenschwachen geholfen werden. Bei den genannten Ansätzen darf aber nicht vergessen werden, dass Energiepolitik eine gerechte Sozialpolitik nicht ersetzen kann; um die Armut zu bekämpfen, ist die Sozialpolitik gefragt – nicht die Energiepolitik. Alle Maßnahmen sollten deshalb in eine Gesamtstrategie eingebunden sein.

Energiepreise: Eine Quelle sozialer Ungerechtigkeit?

Der zentrale Kritikpunkt an der Energiewende sind die Energiepreise. Diese wirken regressiv. Zwar geben ärmere Haushalte absolut weniger für Energie aus, diese Ausgaben machen jedoch einen größeren Prozentsatz ihres verfügbaren Einkommens aus. Das heißt, Haushalte mit geringem Einkommen werden durch die Höhe der Strompreise verhältnismäßig stärker belastet als Haushalte mit höheren Einkommen. Erstere wenden im Durchschnitt ca. fünf Prozent ihres Haushaltseinkommens für Strom auf. Wohlhabendere Haushalte geben hingegen nur 1,5 Prozent dafür aus – und das obwohl sie viel mehr Strom verbrauchen. Bei den Ausgaben für Heizung und Warmwasser sieht es ähnlich aus. Zusammen beanspruchen die Energiekosten (Strom und Wärme) in ärmeren Haushalten also etwa zehn Prozent des Einkommens.³



Ein sozialer und solarer Wohnungsbau

In Ballungsräumen wie Frankfurt am Main mit seinem Umland steigen die Mieten rapide. Für einkommensschwächere Haushalte kommen oft nur Wohnungen mit niedriger Kaltmiete in Frage. Schlecht gedämmt und mit veralteter Heizung wird es dann jedoch bei den Betriebskosten umso teurer, weil die Ausgaben für Energie stark ansteigen. Neben der energetischen Sanierung von Altbauten sind darum sparsame Neubauten in niedrigen Preissegmenten gefragt. In der Parkstadt Unterliederbach macht eine kommunale Wohnungsgesellschaft – die Konversions- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (KEG) – vor, dass sich der anspruchsvolle Plusenergiehaus-Standard und kostengünstiges Bauen nicht ausschließen. Dank der cleveren Kombination von Wärmenetz, Solarthermie und Speichern genießen die Mieter dauerhaft niedrige Nebenkosten. Der neue Stadtteil bietet seit 2017 über 1.000 Menschen in rund 300 Haushalten eine neue Heimat. Als Plusenergiehäuser sollten die Wohnhäuser in der Kamelienstraße rechnerisch sogar mehr Energie liefern als ihre Bewohner verbrauchen. Als Vermieter im sozialen Wohnungsbau ging es der KEG darum, die Nebenkosten für Heizen und Gebäudetechnik langfristig niedrig zu halten.⁴

Strom ist in Deutschland seit 1995 um 60 Prozent teurer geworden. Davon ist ein Teil den Erneuerbaren Energien zuzurechnen, da vor allem Solar noch relativ teuer war – was heute nicht mehr der Fall ist. Seit 2013 ist der Anstieg der Strompreise stark abgeflacht. In den Jahren 2013 bis 2020 kamen insgesamt nur noch 2,5 Ct/kWh hinzu. Über diesen Zeitraum entsprach das einem Anstieg um 1,2 Prozent pro Jahr, was sogar knapp unter der durchschnittlichen Inflationsrate lag.

Die Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren werden über die EEG-Umlage an die Stromkunden weitergegeben. Diese werden jedoch nicht gleichermaßen auf alle Verbraucher*innen verteilt, sondern die energieintensive Industrie ist weitgehend von diesen Kosten befreit, um Deutschland als Industrie-Standardort attraktiv zu machen. Die Kehrseite dieser Industriepolitik: Alle nicht-befreiten Gruppen (Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen, usw.) schultern fast die gesamte Last. Die Ausnahmeregelungen könnten also zielgenauer und sachgerechter gestaltet werden. Hinzu kam, dass die Energieversorger die sinkenden Börsenstrompreise – im Gegenzug für die steigende EEG-Umlage – nicht immer an die Stromkunden weitergegeben haben. Der Anstieg der EEG-Umlage war seit 2014 nur noch gering (+0,5 Ct/kWh). Was jüngst teurer geworden ist, sind v.a. die Beschaffungskosten und die Netzentgelte. Letztere sind seit 2013 um 1 Ct/kWh angestiegen.

Der Strompreis ohne Energiewende: Ein Gedankenspiel

Wie sähe eigentlich eine Welt ohne Erneuerbare Energien aus? Hätten wir ohne das EEG günstigeren Strom? Dieser Frage ging eine [Studie der Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen](#) nach. Das Ergebnis: Zwischen 2011 und 2018 hätten die Stromkunden wegen der Erneuerbaren sogar 70 Milliarden Euro eingespart. Die Wissenschaftler*innen rechneten aus, wie sich die Preise am Großhandel ohne die Stromeinspeisung aus Wind-, Solar-, Bioenergie und Wasserkraft entwickelt hätten. Die Beschaffungskosten hätten sich auf 227 Milliarden Euro summiert. Dem hätte eine Fördersumme aus dem EEG in Höhe von 157 Milliarden Euro gegenübergestanden. Die

Differenz: 70 Milliarden Euro. Um zu verhindern, dass die Großhandelsstrompreise in den nächsten Jahren deutlich teurer werden, müssten die Erneuerbaren Energien schneller als derzeit ausgebaut werden.

Und bei allen Kostenrechnungen bleibt eins immer noch unberücksichtigt. Die externen Kosten der konventionellen Stromerzeugung, d.h. die gesamtgesellschaftlichen Kosten durch Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschäden, sind in der Stromrechnung nicht ausreichend berücksichtigt. Diese werden aus Steuern und Krankenkassenbeiträgen beglichen und belasten überproportional einkommensschwache Haushalte. Ob es bei der Energiewende wirklich zu einer sozialen Schieflage kommt, hängt von der politischen Ausgestaltung ab. Die Energiekosten müssen einerseits die ökologische Wahrheit sprechen, d.h. die Umweltkosten müssen noch stärker berücksichtigt werden. Auf der anderen Seite müssen sich arme Haushalte einen Energieverbrauch in angemessener Höhe leisten können.

Eine sozial gerechte CO₂-Beipreisung

Kaum eine Studie oder ein Gutachten zu einer klimaneutralen Energieversorgung bis 2050 kommt ohne eine stärkere Beipreisung der Kohlendioxidemissionen aus. Dadurch sollen die externen Kosten (Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschäden) internalisiert werden, d.h. sie werden auf die Energiepreise aufgeschlagen. Dies zieht zwangsläufig eine Verteuerung von fossilen Brennstoffen wie Benzin und Heizöl nach sich. Dadurch ergeben sich neue Verteilungseffekte. Einkommensstarke Haushalte emittieren zwar deutlich mehr CO₂, z.B. durch mehr Flugreisen sowie größere Autos und Wohnungen. Die finanziellen Mehrbelastungen treffen trotzdem die unteren Einkommensgruppen stärker. Besonders betroffen wären Haushalte in schlecht isolierten Mietwohnungen, die sich energiesparende Geräte nicht leisten können, die bei ihrer Arbeit oder für den Weg zur Arbeit auf das Auto angewiesen sind und nicht auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad umsteigen können. Die meisten Konzepte sehen deshalb eine Rückerstattung der Einnahmen aus der CO₂-Beipreisung an alle Bürger*innen vor. Von einer Pro-Kopf-Erstattung, bei der alle Bürger*innen die gleiche Summe erhalten, würden v.a. die unteren Einkommensgruppen überproportional profitieren.

Ein anderer Vorschlag sieht vor, dass aus den Einnahmen konkrete Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden, von denen die einkommensschwachen Haushalte in besonderem Maße profitieren. Dies hätte den Vorteil, dass dadurch die klimapolitische Lenkungswirkung zusätzlich verstärkt werden würde. So könnten einkommensschwache Haushalte beim Kauf energieeffizienter Geräte bezuschusst und energieeffizienter sozialer Wohnungsbau unterstützt werden. Außerdem könnten mit den Einnahmen ÖPNV, Rad- und Fußverkehr ausgebaut werden. Für diejenigen, bei denen es zum Auto keine Alternative gibt, könnte die Pendlerpauschale erhöht und gleichzeitig einkommensabhängig gestaffelt werden. Die Stromsteuer könnte im Gegenzug zum CO₂-Aufschlag gesenkt oder abgeschafft werden.

Laut der [IASS-Umfrage](#) finden fast drei Viertel der Befragten eine Verteuerung fossiler Brennstoffe grundsätzlich gerechtfertigt. Die meisten davon befürworten diese aber nur unter der Bedingung, dass es an anderer Stelle Entlastungen gibt. Nur 12 Prozent lehnen höhere Preise für Sprit und Heizen generell ab.

5 KOMMUNALER KLIMASCHUTZ UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Die örtlichen Gemeinschaften spielen eine tragende Rolle, wenn es darum geht Klimaschutz und Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Die Kommunen bilden die Schnittstelle zwischen der nationalen bzw. der europäischen Ebene und der örtlichen Bevölkerung. Zunächst können sie über ihre Gestaltungsmöglichkeiten bei der Energiewende zur globalen Klimagerechtigkeit beitragen. Die Städte und Gemeinden haben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Hoheit über ihre Infrastrukturen. Besonders die Bereiche Gebäude, Wärmenetze und Rad- und Fußverkehrswege können die Kommunen selbst planen und gestalten. Ein wichtiges Instrument ist z.B. die [kommunale Wärmeplanung](#).

Beim Radverkehr können die Kommunen dafür sorgen, dass Fahrradfahren möglichst für alle – auch für Kinder und Senior*innen – sicher, komfortabel und attraktiv ist. Gut ausgebaute Radwege sorgen für eine breitere Teilhabe am Verkehr. Sie eröffnen älteren und jüngeren Menschen, die nicht Autofahren können, sowie sozial benachteiligten, die sich kein Auto leisten können, die Möglichkeit mobil zu sein. Radfahren ist also nicht nur gut für Umwelt, Klima und Gesundheit, es trägt auch zur sozialen Gerechtigkeit bei. Die meisten Städte sind heute aber noch auf den Autoverkehr ausgelegt, wovon vor allem die sozial Bessergestellten profitieren. Unter den externen Kosten des motorisierten Verkehrs leiden wiederum in erster Linie die einkommensschwächeren Haushalte. Diese wohnen vermehrt an den hochfrequentierten und luftschadstoffbelasteten Straßen.⁵

Ein weiterer Ansatz, wie Kommunen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit voranbringen können, sind Klimaschutz-Partnerschaften. Städte und Gemeinden verfügen über wertvolle Erfahrungen, die für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit wichtig sein können. Durch den Austausch über die konkreten Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern steigt die Motivation zum Handeln in der eigenen Kommune. So wird deutlich, dass sich die kommunalpolitischen Entscheidungen global auswirken.



IMPRESSUM

Agentur für Erneuerbare Energien e.V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

Tel.: 030 200535 30
Fax: 030 200535 51

kontakt@unendlich-viel-energie.de

Autor
Magnus Doms

V.i.S.d.P.
Dr. Robert Brandt

Mai 2020

Weitere Informationen
www.unendlich-viel-energie.de/

¹ Die vollständige Liste des WeltRisikoIndex ist zu finden unter: <https://weltrisikobericht.de/>

² Sachs, Wolfgang: Gerechtigkeit im Treibhaus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2017.

³ Öko-Institut: Die soziale Seite der Energiewende.

⁴ https://energie-update.de/portrait/sozialer-wohnungsbau-heisst-solarer-wohnungsbau/?fbclid=IwAR1HoGScVQZK0msBN5CQENmwZZnPaQdhW71_Wb5BTq3j6ehI0lyLHHFzxc0

⁵ Walker, Peter: How cycling can save the world, New York 2017.